

Pflegeeltern des Landkreises Biberach

Kontakt über KAFFEE-BÜHNE
Radgasse 12
88400 Biberach a.d.Riss

Biberach, den 28.04.2017

Bundesminister des Inneren

Herrn Dr. Thomas de Maizière

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Herrn Winfried Kretschmann

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg

Herrn Thomas Strobl

Minister für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg

Herrn Manne Lucha

Mitglied des Deutschen Bundestages

Herrn Martin Gerster

Mitglied des Deutschen Bundestages

Herrn Josef Rief

Staatssekretärin des Staatsministeriums des Landes Baden-Württemberg

Frau Theresa Schopper

Staatssekretärin des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Frau Bärbl Mielich

Präsident des Deutschen Kinderschutz Bundesverbands

Herrn Heinz Hilgers

Regierungspräsidenten des Regierungspräsidiums Tübingen

Herrn Klaus Tappeser

Landrat des Landkreises Biberach

Herrn Dr. Heiko Schmid

Offener Brief einiger Pflegeeltern im Landkreis Biberach an die politisch Verantwortlichen im Land

Sehr geehrter Herr Bundesminister de Maizière,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,
sehr geehrter Herr Minister Strobl,
sehr geehrter Herr Minister Lucha,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Gerster,
sehr geehrter Herr Abgeordneter Rief,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Schopper,
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Mielich,
sehr geehrter Herr Präsident Hilgers,
sehr geehrter Herr Regierungspräsident Tappeser,
sehr geehrter Herr Landrat Schmid

Aus Willkommenskultur wird Abschiebewillkür

Über die zunehmenden Probleme junge Flüchtlinge in Deutschland zu integrieren

Wir sind Bürger aus dem Landkreis Biberach, die sich seit Mitte 2015 bereit erklärt haben, jugendliche Flüchtlinge in unsere Familien aufzunehmen und sie in unser Leben und unsere Kultur zu integrieren. Schwerpunkt sind Flüchtlinge aus Afghanistan und Syrien, vereinzelt auch aus anderen Nationen.

Auf Initiative des Kinderschutzbundes OV Biberach treffen wir - Pflegeeltern und UMAs - uns einmal monatlich in Biberach zum Austausch und um gemeinsame Aktionen anzustoßen.

Durch die jüngste Entwicklung, weg von der Willkommenskultur hin zur Abschiebewillkür, fühlen wir uns in unserem Tun alleine gelassen; ja befürchten sogar den Jugendlichen mehr zu schaden als zu helfen. Die Jugendlichen haben Angst vor ihrer Zukunft, auch in Deutschland. Ein Zusammenleben und eine Integration werden dadurch zunehmend schwieriger. Bei den Treffen wird immer deutlicher, dass sich die politischen Ziele in Deutschland verändern.

Wo bleiben das Interesse und die Unterstützung unserer politischen Gremien an unserem Tun?

Wer spricht mit uns und wer beantwortet uns unsere Fragen?

Am Beispiel afghanischer Flüchtlinge nehmen wir nachfolgend Bezug auf die derzeitige Situation:

Zahlreiche renommierte Hilfsorganisationen betrachten Afghanistan als unsicheres Herkunftsland; egal ob **UNHCR**, **Ärzte ohne Grenzen**, **ProAsyl** oder das **Rote Kreuz**, alle kommen zum gleichen Ergebnis: Die Lage in Afghanistan ist schlecht und verschlechtert sich weiter. Die katastrophale Sicherheitssituation, die desolante politische und ökonomische Lage lassen keinen anderen Schluss zu, als afghanischen Flüchtlingen in Deutschland Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention zu gewähren.

Deshalb fordern wir, Abschiebungen nach Afghanistan zu unterlassen!

Der Deal der EU, der Afghanistan mehrere Milliarden Euro in die Kassen spült, beruht darauf, dass Afghanistan im Gegenzug alle Flüchtlinge aufnimmt. Egal aus welchem Land sie geflohen sind, und das bei einer Arbeitslosenquote von 35%.

Betrug die Schutzquote für afghanische Flüchtlinge im Jahr 2015 noch **78%**, wird diese Quote seither ständig nach unten geschraubt. Zurzeit spricht man von **47%** und das obwohl Taliban und IS immer größere Gebiete kontrollieren. Dieses sieht man auch daran, dass die USA am 13. April 2017, ganz hochaktuell, mit der "Mutter aller Bomben" versucht, den Einfluss oben Genannter zurückzudrängen. Aus Erfahrung vergangener und aktueller Kriege gibt es leider immer wieder sehr viele zivile Opfer.

Flüchtlinge, die der Volksgruppe der Hasara angehören, werden von den Paschtunen, den Taliban und dem IS regelrecht verfolgt, mit dem Ziel sie zu töten. Wer im Wissen dieser Umstände nach Afghanistan abschiebt, handelt zumindest grob fahrlässig.

5 Bundesländer widersetzen sich der Abschiebep Praxis und werden dafür von Bundesinnenminister de Maizière kritisiert. Gleichzeitig wird vom "Auswärtigen Amt" vor Reisen in dieses Land dringend gewarnt. Deutsche Politiker /-innen sieht man dann im Fernsehen, geschützt durch Helm und Splitterschutzweste, umringt von Sicherheitskräften.

Hierzu aus der Quelle **MDR Aktuell** (vom 22. Februar 2017) :

Neuer Streit um minderjährige Flüchtlinge

CDU Fraktionschef und Generalsekretär in Sachsen, Michael Kretschmer will mehr Abschiebungen. Er kritisiert in diesem Artikel, dass minderjährige Flüchtlinge nicht abgeschoben werden dürfen.

Zitat:

"Wenn in Deutschland elternlose Minderjährige aus Polen oder Frankreich aufgegriffen werden, wird die Familie ausfindig gemacht, und sie werden zu ihren Eltern zurückgebracht. Wenn der Unbegleitete aber aus Afghanistan oder Afrika kommt, bringen wir ihn zum Jugendamt und bereiten ihn mit großem Aufwand für die dauerhafte Einwanderung vor, selbst wenn der Jugendliche jeden Abend mit seiner Familie telefoniert."

Was bedeutet dies nun für einzelne junge Flüchtlinge?

Wir sind nicht befugt konkrete Fälle darzustellen und finden das zum Schutz gegenüber Flüchtlingen auch richtig.

Deshalb hier nur ein fiktives Beispiel:

Yusuf, 17 Jahre alt

- geboren in Afghanistan
- aufgewachsen im Iran, Familie getötet wegen christlicher Orientierung
- im Alter von 10 - 16 Jahren bei Freunden und Verwandten im Iran untergetaucht
- mit 17 Jahren Flucht vom Iran in die Türkei, mit dem Boot nach Griechenland und über die übliche Balkanroute bis Stuttgart.
- aufgrund seiner Geschichte und im Glaube in Deutschland sicher zu sein, zum evangelischen Glauben konvertiert. Der christliche Glaube kann aus Angst vor Anfeindung moslemischer Glaubensbrüdern auch hier nicht gelebt werden.
- der Termin "Anhörung" im März 2017. Nach Anfahrt und 4-stündiger Wartezeit mit dem Pflegevater, wie viele andere Wartende wegen Überbuchung wieder nach Hause geschickt.
- neuer Termin einer Anhörung im Mai 2017

Die psychische Belastung des jugendlichen Afghanen, aufgrund seiner Herkunftsgeschichte, wird durch solche neuen Schikanen, wie bei der verschobenen Anhörung, verstärkt.

Für den Jugendlichen und die Pflegeeltern bedeutet dies eine immense zusätzliche Belastung im Zusammenleben. Die Motivation, sich in die Gesellschaft zu integrieren, wird durch die neu geschürten Ängste erschwert.

Es deutet alles darauf hin, dass hier bestehende Grundrechte missachtet und willkürlich Amtsmissbrauch betrieben wird.

Wir Pflegeeltern stehen weiterhin zu unserer Verantwortung und deshalb geben wir den Jugendlichen nicht nur Unterkunft und Verpflegung. Wir unterrichten sie in Deutsch, wir leben ihnen europäische Werte vor, wir zeigen ihnen unsere Kultur. Wir arbeiten an ihrer Integration. Wir bemühen uns täglich um das Vertrauen der Jugendlichen.

Parallel dazu zerstören Sie unser Vertrauen als deutsche Staatsbürger in diesen Staat und diese Politik.

Können Sie diese Praktiken im derzeitigen Umgang mit den Jugendlichen mit Ihrem Gewissen vereinbaren?

Wir sind traurig und wütend, weil nicht nur die jungen Flüchtlinge, sondern auch wir, die Pflegeeltern, mit all unseren Fragen und Nöten alleine gelassen werden.

Welche Pläne haben Sie für die Integration der Jugendlichen, wenn sie mit 18 Jahren die Pflegefamilien verlassen müssen?

**Haben sie hier denn eine Zukunft?
Wenn ja, welche?**

Wie werden Sie die jungen Menschen in Deutschland weiterhin integrieren?

Tun wir noch Gutes, wenn wir den Jugendlichen vorgaukeln, dass es für sie hier eine Zukunft gibt?

Können Sie uns Antworten auf unsere Fragen geben?

Wenn ja, bis wann?

Die Zeit drängt!

Mit freundlichen Grüßen

Peter Eruuwald, Biberach

Ingrid Engler Biberach

1. Vorsitzende Deutsche Kinderschubband
Ortsverband Biberach e.V.

Knut Wehr

Wain

Sonja Wehr

Wain

ROLAND RINGELTAUPE

HOCHDORF

Elli Weisser

Laupheim

S Danzer

Sylvia Danzer

Weihungszell

Martina Jeagle

Biberach

Susanne Miller

Laupheim

H. Mauer

Hildegard Mauer

Hochdorf

Roland Gaus

Reinstetten

B. Gaus

Brigitta Gaus

Reinstetten

Lucia Stöferle

Dünenwaldstetter

ERIK ZEITHEIM

STEINHAUSEN A.D. ROTTUM

Torsten Liermann

Laupheim

Dr. Signid Liermann

Laupheim

M. Carson	Ines Johanna Carson	Fischbach
R. Pilyfyje	Renate Schweifinger	Brauner
N. S	Natalie Schwaibogel	Abmannshardt
K. Pioch	Karin Pioch	Schwendi

Handwritten text, possibly a signature or note, located in the lower middle section of the page.